



Politikempfehlungen für einen zukunftsfähigen Finanzsektor in Deutschland

Diese Empfehlungen an die deutsche Bundesregierung wurden im Januar 2020 von der Arbeitsgruppe „Finanzbranche und Klimaschutz“ im Rahmen des Dialogforums „Wirtschaft macht Klimaschutz“ erarbeitet.

Der Umbau zu einer nachhaltigen, resilienten und langfristig klimaneutralen Wirtschaft ist eine große Herausforderung – er bedeutet aber auch eine immense Chance, gerade für einen Hochtechnologiestandort wie Deutschland, in einer Welt, in der klimafreundliche Produktionsweisen und die effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen zunehmend zu einem Wettbewerbsfaktor werden. Deutschland kann dabei auf besondere Stärken bauen: Der hohe Anteil der industriellen Wertschöpfung, technologische Führerschaft in vielen Branchen, die enge Kooperation zwischen Forschung und Wirtschaft, die Kombination aus hoch innovativen und mittelständisch geprägten Unternehmen und das hohe Umweltbewusstsein bei MitarbeiterInnen, KundInnen und VerbraucherInnen sind allesamt Faktoren, die zu einer erfolgreichen Transformation beitragen können.

Die deutsche Wirtschaft nimmt diese Herausforderung an und will sie zu einem Erfolg machen. Für den Umbau sind erhebliche Investitionen und Technologiesprünge in vielen Branchen nötig. Um diese Investitionen zu finanzieren, bedarf es langfristig stabiler Rahmenbedingungen und daher eines gemeinsamen Verständnisses von Politik, Realwirtschaft und Finanzwirtschaft in Bezug auf das Ziel und den Weg dorthin.

Das A und O: langfristig klare Rahmenbedingungen

Um die Transformation zu einem Erfolg zu führen, ist die Politik in der Pflicht, langfristig klare Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Diese müssen einerseits unmittelbar Klarheit bringen und so den Einstieg in die Transformation beschleunigen, andererseits die Anstrengungen aber auch mit Blick auf das Zieljahr 2050 ausrichten: Für viele langfristige Investitionsvorhaben, etwa in der Infrastruktur oder im Gebäudebereich, werden sich Entscheidungen, die heute getroffen werden, auf Jahrzehnte hinaus auswirken. Ein Zielhorizont bis zum Jahr 2030 ist daher zu kurz. Infrastrukturfinanzierungen u. a. mit der öffentlichen Hand haben üblicherweise Laufzeiten von 10–30 Jahren und müssen über diese Laufzeit rechtssicher und betriebswirtschaftlich sinnvoll für Banken abbildbar sein.

Die langfristige Orientierung muss sich auch im langfristigen Anlagehorizont niederschlagen. Auch mit den gegenwärtig verfügbaren Technologien und zu den aktuellen Preisen ist der Umbau zu einer resilienten und klimaneutralen Wirtschaft volkswirtschaftlich sinnvoll – aber privatwirtschaftlich fehlen oft noch der Business Case und eine ausreichende Planungssicherheit. Um die Transformation zum Erfolg zu bringen, müssen sich Klimaschutzinvestitionen also auch privatwirtschaftlich rechnen, d. h. in einer realistischen zeitlichen Perspektive ein angemessenes Verhältnis zwischen Risiko und Ertrag erreichen. Wo dies noch nicht der Fall ist, ist der Staat aufgefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern.



Politische Instrumente: Welche Rolle hat der Staat, um die Transformation voranbringen?

- Um kohlenstoffarmen Technologien und Geschäftsmodellen zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es insgesamt einer Neuordnung von Steuern und Abgaben im Energiebereich. Die bestehenden Instrumente spiegeln immer weniger die Realitäten am Energiemarkt, etwa wenn Strom aus erneuerbaren Quellen ebenso belastet wird wie solcher aus Kohlekraftwerken. In einigen Fällen behindert die historisch gewachsene Struktur von Steuern, Entgelten und Abgaben sogar das Entstehen neuer Technologien und Geschäftsmodelle, die für effizienten Klimaschutz notwendig sind (bspw. Sektorkopplung, dezentrale Speicher, Power-to-X).
- Gleichzeitig bedarf es geeigneter Methoden, um die Umwelt- und Klimaauswirkungen von Produkten für Kunden und Verbraucher sichtbar und vergleichbar zu machen. Dabei darf allerdings auch nicht verschwiegen werden, dass klimaschonend hergestellte Produkte zunächst teurer sein werden als die herkömmlichen Alternativen. Zahlungsbereitschaft für höhere Preise wird es nur geben, wenn der CO₂-Fußabdruck von Produkten transparent ist. Hierfür braucht es einen klaren regulatorischen Rahmen für eine vergleichbare, einfach handhabbare und nachvollziehbare Bewertung sowie im Fall von Verbundproduktion klare und idealerweise branchenübergreifende und international akzeptierte Zurechnungsregeln, um das anfallende CO₂ den verschiedenen Produkten zuzurechnen.
- Ressourceneffizienz und geschlossene Ressourcenkreisläufe (Kreislaufwirtschaft) stellen wirksame Hebel für die Dekarbonisierung dar. Insbesondere mit Blick auf die Grundstoffindustrie besteht jedoch noch Forschungsbedarf, was die technische Machbarkeit, die Kosten und die tatsächlichen Umweltwirkungen der Technologien angeht.
- Darüber hinaus bedarf es jedoch noch weiterer, gezielter Investitionsanreize für Klimaschutzinvestitionen, etwa die steuerliche Absetzbarkeit von Klimaschutzinvestitionen, Differenzkontrakten als Instrument, um die wirtschaftlichen Risiken disruptiver Technologien beherrschbar zu machen, oder auch der konsequenten Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung auf Klimaneutralität.
- Die öffentliche Innovationsförderung muss auf die langfristigen Klimaziele ausgerichtet werden. Dabei gilt es insbesondere, die Lücke zwischen der Technologieentwicklung und deren großtechnischer Implementierung nebst Marktdurchdringung zu schließen. Deutschland ist hier mit seiner Forschungslandschaft und den Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung gut aufgestellt – woran es mangelt, sind Instrumente, um klimafreundliche Technologien von der Erprobungs- und Demonstrationsphase zur Marktreife zu bringen und die nötige Infrastruktur bereitzustellen. Förderinstrumente wie der Energie- und Klimafonds oder der EU Innovation Fund sind hilfreich, können aber angesichts der Größe des Finanzierungsbedarfs nur der Anfang sein.
- Die Förderung von Transparenz und Langfristigkeit in der Finanz- und Wirtschaftstätigkeit erfordert eine stärkere Unterstützung der Langfristfinanzierung, denn die Abbildung langfristiger Klimarisiken im Risikomanagement hat Einfluss auf die risikogewichteten Aktiva, sie macht also die Finanzierung teurer (RWA-Gewichtung).



- Damit einhergehend sollte die Entwicklung adäquater Markstandards für Risikomanagementansätze, welche die mittel- und langfristigen Effekte von Klimarisiken einbeziehen, gefördert werden.
- Derzeit kommen vielfältige Bewertungsverfahren zum Einsatz, um die Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Gesellschaft zu erfassen. Eine stärkere Standardisierung dieser Verfahren wäre sinnvoll, um die Vergleichbarkeit und die Transparenz zu erhöhen und unnötigen Aufwand zu vermeiden.
- Für eine adäquate Berücksichtigung von Klimafaktoren im Risikomanagement gilt es, standardisierte und konsistente Messinstrumente zum Einsatz zu bringen. Diese sollten einerseits spezifisch genug sein, um verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und andererseits Überregulierung vermeiden. Auch die Finanzmarktaufsicht kann dabei auf eine Vereinheitlichung der Verfahren hinwirken.

Was können Unternehmen beitragen?

Die Unternehmen nehmen die Herausforderung der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft an. Mit den richtigen Rahmenbedingungen kann die Transformation zu einem Erfolg für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden, der die Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft langfristig sichert. Der Finanzwirtschaft kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu, um die Transformation der Realwirtschaft und damit eine klimaneutrale Wirtschaft zu finanzieren. Hier sehen sich Unternehmen insbesondere gefordert, die systematische Erfassung und Bewertung der Klimarisiken und -chancen aller Anlageformen voranzutreiben, mit einem ausreichend langfristigen Betrachtungshorizont. Dazu gehören auch eine höhere Transparenz und die systematische Berichterstattung zu wesentlichen Klimarisiken. Schließlich erfordert die Bewertung von Klimarisiken verlässliche und umfassende Daten, insbesondere von Unternehmen der Realwirtschaft. Gemeinsame Standards für die Erhebung und Übermittlung klimarelevanter Daten können Vergleichbarkeit und Transparenz fördern und den Erhebungsaufwand verringern.¹

¹ Die folgenden Firmen und Verbände tragen diese Empfehlungen mit: bettervest GmbH, Covestro AG, Deutsche Börse AG, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Jaske & Wolf Verfahrenstechnik GmbH, pervormance international GmbH / E.COOLINE, thyssenkrupp AG, Verband privater Bausparkassen, Verein für Umweltmanagement und Nachhaltigkeit in Finanzinstituten e.V.